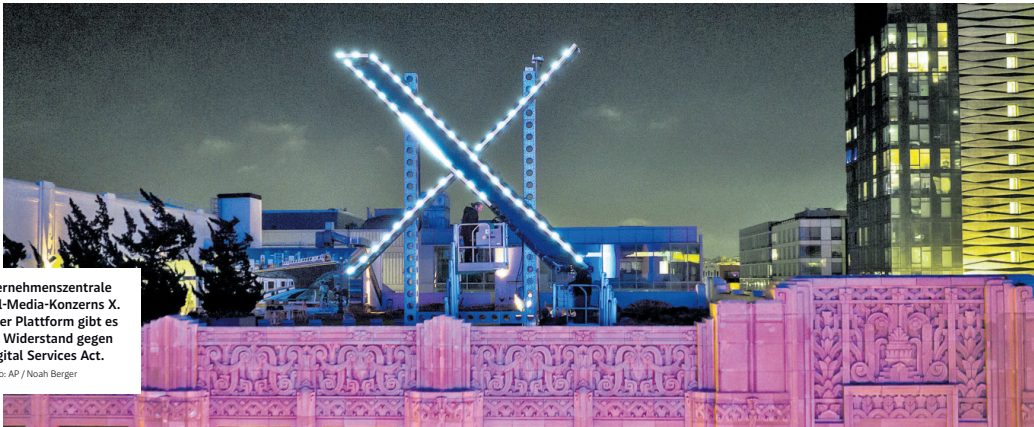




Die Unternehmenszentrale des Social-Media-Konzerns X. Seitens der Plattform gibt es heftigen Widerstand gegen den Digital Services Act.

Foto: AP / Noah Berger

Social Media ohne Hass

Der Digital Services Act der EU nimmt Onlinegiganten in die Pflicht. Das neue Regelwerk wird zwar erst mit der Zeit seine volle Wirkung entfalten, Effekte auf die Onlinegesprächskultur werden aber spürbar sein, glaubt Europarechtsexpertin Clara Rauchegger.

Alois Pumhösel

In den Augen vieler Menschen sind Social-Media-Portale vornehmlich zu Kanälen für Hassbotschaften, Desinformation und demokratiefeindliche Kampagnen geworden. Man hat vielleicht längst aufgehört, auf diesen Plattformen „mitzureden“, oder den einen oder anderen Account überhaupt gelöscht. Zwar ist das verständlich. Man überlässt damit aber den Trollfabriken, ihren willfährigen Mitläufern und all jenen, die undifferenziert substanzlose Meinungen hinausposaunen, das Feld. Man akzeptiert, dass das eigentlich praktische Werkzeug Social Media unbrauchbar wird. Es hat gedauert, bis Gesellschaft und Politik begannen, sich zu wehren.

Empfindlich hohe Strafen

Nationale Reformen zur Strafverfolgung wurden bisher vielfach als zahlos kritisiert. Neue Hoffnung bringt der vor kurzem vollständig in Geltung getretene Digital Services Act (DSA), mit dem die EU ergänzend zur nationalen Strafverfolgung auch die Betreiber von Social-Media-Plattformen viel stärker in die Pflicht nimmt.

Bis das EU-Gesetz seine Wirkung voll entfalten kann, wird allerdings noch einige Zeit vergehen. Die Regeln müssen exekutiert, Strafen verteilt, Streitfälle ausjudiziert werden und die Folgen auf die Onlinekultur einwirken. Die Frage ist: Hat der DSA das Zeug dazu, Social Media wieder zu einem angenehmeren Platz zu machen?

Clara Rauchegger, die sich an der Universität Innsbruck mit Europarecht und Recht der Digitalisierung beschäftigt, ist durchaus opti-

mistisch. „Ich glaube schon, dass die Effekte des DSA spürbar sein werden – spätestens dann, wenn die EU-Kommission den großen Plattformen empfindliche Strafen auferlegt“, sagt die EU-Rechtlerin.

„Gleichzeitig dürfen sich die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten nicht zurücklehnen. Wir brauchen mehr Know-how und zusätzliche Ressourcen bei den nationalen Behörden, um Straftaten effizient verfolgen zu können. Rechtsanwälte und NGOs sagen durchaus, dass das noch viel mehr möglich ist“, erklärt sie. Durch den DSA sollen illegale Inhalte nicht punktuell, sondern auf breiter Basis unterbunden werden.

Allerdings sind weiterhin die Nutzerinnen und Nutzer gefragt, Inhalte als rechtswidrig zu melden. Die großen Plattformen, für die die strengsten Regeln gelten, sind nun aber tatsächlich verpflichtet, aktiv zu werden und offensichtlich illegale Inhalte zu löschen. Melder und Posting-Autor müssen zeitnah Feedback bekommen und können Einspruch erheben. Die Betreiber müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass das Meldesystem nicht missbraucht wird.

Bots und beeinflusste Wahlen

Vorrangig bearbeitet werden Eingaben von „vertrauenswürdigen Hinweisgebern“. Für diese Rolle können sich Expertinnen und Experten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder auch NGOs bewerben – in Österreich gehört etwa der Antirassismuseverein ZARA dazu. Erstmals bekommt zudem auch die Forschung einen Zugang zu Nutzerdaten und darf die Arbeitsweise der Plattformen analysieren.

„Mit diesem Maßnahmenpaket hofft man, auch organisierte Einflussnahme durch Fake-Accounts mit wiederkehrenden Inhalten oder Hate-Speech-Bots in den Griff zu bekommen“, sagt Rauchegger. In der Vergangenheit wurden Millionen Nutzerdaten für Wahlbeeinflussung missbraucht. In Erinnerung blieb der Skandal um das Unternehmen Cambridge Analytica, das Facebook-Profil für den US-Wahlkampf 2016 und die Brexit-Kampagne illegal auswertete.

„Im DSA gibt es keine spezifische Regelung zur Wahlbeeinflussung“, räumt Rauchegger ein. „Was aber helfen könnte, sind die Vorschriften zur Werbetransparenz und die Einschränkung von gezielter Werbung.“ Unter anderem muss klar ersichtlich sein, wer Werbung schaltet und bezahlt und warum man sie zu sehen bekommt.

Lobbying gegen Werbeschränken

Gleichzeitig gibt es ein vollkommenes Verbot personalisierter Werbung, die auf sensiblen Daten wie ethischer Herkunft, sexueller Orientierung oder politischer Meinung basiert. „Dass man dieses Verbot durchsetzen konnte, war eine Überraschung“, sagt die EU-Rechtlerin. „In Brüssel gab es massives Lobbying dagegen – ein Zeichen dafür, dass diese Praktiken bisher im großen Ausmaß üblich waren.“

Für Rauchegger ist eines der wichtigsten Elemente des DSA die abgestufte Systematik, bei der Riesen wie Facebook, TikTok oder Alibaba die strengsten Regeln auferlegt wurden. Sie werden von der EU-Kommission selbst kontrolliert.

„Einzelne Betreiber, etwa Elon Musk mit seinem X, vormals Twitter, versuchen sich gegen den Digital Services Act aufzulehnen. Bereits in der Vergangenheit schreckte die EU-Kommission aber nicht davor zurück, hohe Geldstrafen zu verhängen. Es ist also durchaus zu erwarten, dass sich die Betreiber letztendlich an den DSA halten werden“, sagt Rauchegger.

Verhaltenskodex für Politik

Das vergleichsweise avancierte Regelwerk konnte in der Europäischen Union auch deshalb durchgesetzt werden, weil in der EU selbst – anders als in den USA oder China – keine großen Plattformen entstanden. „Bei der Regulierung von KI im sogenannten AI Act, der den DSA ergänzt, musste man dagegen viel mehr Rücksicht auf eine in diesem Bereich stärkere Industrie in Europa nehmen“, sagt die Expertin.

Abzuwarten bleibt, wie stark sich die spürbare Veränderung, die Rauchegger sieht, auf die Gesprächskultur im Netz auswirken wird. Viele Stimmen fordern weitere Maßnahmen. Zuletzt gab etwa die Österreichische Akademie der Wissenschaften Handlungsempfehlungen an die Politik ab.

Zu diesen Empfehlungen gehören neben einem Ethikrat für politische Werbung und einer reformierten Medienförderung auch ein Verhaltenskodex für Politiker. Sie sollen als Vorbilder agieren und sich an „grundlegende Standards“ halten. Letztendlich muss die Veränderung nicht nur von Behörden und Plattformen, sondern auch von den Nutzern selbst kommen.

FORSCHUNG SPEZIAL ist eine entgeltliche Einschaltung in Form einer Medienkooperation mit österreichischen Forschungsinstitutionen. Die redaktionelle Verantwortung liegt beim STANDARD.

Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

ac/cent

a cr austrian
cooperative
research

adsi
Austrian Design
Institute

AIT
AUTOMOTIVE INSTITUTE
TOMORROW TODAY

A...kademie der
bildenden Künste
Wien

Anton Bruckner
Universität Wien

austria
wirtschafts
service

aws

belvedere

BEST
BioEnergy
Sustainable
Technologies

beyond gravity

FH
Fachhochschule
Wien

BFW
Bundesministerium für
Wirtschaft

BioTechMed
GmbH

FHBurgenland
Burgenländische
Hochschule für
Angewandte Wissenschaften

CAAM
Center for
Advanced
Automotive
Manufacturing

CeMM
Center for
Experimental
Medicine
Molecular
Medicine

CEST
Center for
Experimental
Science and
Technology

CEU
CENTRAL
EUROPEAN
UNIVERSITY

CDT
Christian Doppler
Forschungsgesellschaft

dr:Angewandte
Universität für angewandte Kunst Wien
University of Applied Arts Vienna

FFG
Forschung
Wien

FIK
Forschungsinstitut
für Kognition
und
Kommunikation

Fraunhofer
AUSTRIA

ÖSTERREICHISCHE
FORSCHUNGSGESellschaft
STRASSE • SCHIENE • VERKEHR
Österreichische
Forschungsgesellschaft

FWF
Österreichischer
Forschungsrat

IMBA
Institute of
Management
Biology and
Analytics

IMC
University of
Applied Sciences
Krems

fh
Forschungsinstitut
für
Ingenieurwesen
und
Technik

GESellschaft für
FORSCHUNG
BERUFE
ÖÖ

GMI
Graz Institute of
Technology
Graz

green
energy
lab

Haus des Meeres

HAUS DER
WISSENSCHAFTEN

ifk
Institute for
Future
Knowledge

ifz
WISSENSCHAFT
FÜR MENSCHEN

IMBA
Institute of
Management
Biology and
Analytics

JOANNEUM
RESEARCH

JOANNEUM
RESEARCH

JOANNEUM
RESEARCH

IMP
Institute of
Management
Biology and
Analytics

INNO
VATION
SALZ
BURG

IST
Institute of
Science and
Technology
Austria

IT:U
Institute of
Technology
University of
Tübingen

IUFRO
International
Union of
Forest
Research

iv
Institute of
Virology

IVM
Institute of
Virology
Munich

JOANNEUM
RESEARCH

JOANNEUM
RESEARCH

JOANNEUM
RESEARCH

JOANNEUM
RESEARCH

JOANNEUM
RESEARCH